Viele manipulierte Lkw unterwegs

Gewerkschaft vida fordert eigene Behörde für bessere Kontrollen und höhere Strafen.

© ÖGB Burgenland

Europäischen Lkw-Unfallberichten zufolge werden immer mehr Lkw-Unfälle durch Manipulation der EU-Kontrollgeräte bzw. durch die ebenfalls manipulierten Sicherheitseinrichtungen der Lkw hervorgerufen. Bei der Veranstaltung der Gewerkschaft vida „Spiel mit dem Tod auf unseren Straßen" wurden bei Demonstrationsfahrten die Auswirkungen solcher Manipulationen auf den Straßenverkehr sichtbar gemacht. „Ist beispielsweise das digitale Kontrollgerät im Lkw abgeschaltet, um gesetzliche Lenk- und Ruhezeiten zu umgehen, steht die Tachonadel auf null. FahrerInnen sehen dann nicht einmal mehr, wie schnell sie fahren. Schläft jemand am Steuer ein, kann ihn und andere VerkehrsteilnehmerInnen der Notbremsassistent, der Hindernisse erkennt und automatisch abbremst, nicht mehr vor Zusammenstößen retten", erklärt vida Burgenland-Landesgeschäftsführer Ernst Gruber die Auswirkungen.

Behörde, die alles kontrolliert

Die VeranstaltungsteilnehmerInnen hatten ein gemeinsames Ziel: die Verantwortlichen zum Handeln zu bewegen. Die vida fordert eine eigene Behörde, die rein auf Lkw-Kontrollen spezialisiert sein müsse. Eine solche brauche die bestmögliche personelle und technische Ausstattung, außerdem müssten hier alle Daten zusammenlaufen, um auch das Nichteinhalten von Ruhezeiten oder Verstöße gegen das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz besser ahnden zu können.

Höhere Strafen

Bei der Hebung der Sicherheit setzt die Gewerkschaft auch auf höhere Strafen für schwarze Schafe in der Branche. „Lkw-Manipulationen dürfen künftig für die Unternehmer nicht mehr einfach aus der Portokasse zu begleichen sein", fordert Gruber und fügt hinzu: „Verbrechen darf sich nicht lohnen." Dabei verweist er auf die Niederlande und einzelne deutsche Bundesländer, wo man bereits eine härtere Gangart eingeschlagen habe. Hier würden Strafen auch die Abschöpfung der durch Gesetzesbruch erworbenen wirtschaftlichen Vorteile beinhalten. „Ist der Betrug nachweisbar, könnten Strafen auch bis in die Hundertausende oder Millionen Euro reichen", so Gruber.

KOMMENTAR /// Erich Mauersics, Landesvorsitzender ÖGB Burgenland

NEHMEN WIR UNS DIE ZEIT!

© ÖGB Burgenland

Am 15. Oktober ist Nationalratswahl. Bei dieser Wahl wählen wir unsere VertreterInnen im österreichischen Parlament, die in den kommenden fünf Jahren Politik machen bzw. Gesetze beschließen werden. In welche Richtung diese Politik geht, entscheiden wir mit unserer Stimme.

Als GewerkschafterInnen kämpfen wir für eine faire ArbeitnehmerInnenpolitik und sozialstaatliche Umverteilung. Wir treten für gerechte Löhne und Gehälter ein und weisen auf Ungerechtigkeiten – etwa im Steuersystem – hin. Österreich ist eines der reichsten Länder der EU. Trotzdem gibt es eine Schieflage – Reiche werden immer reicher, Arme immer ärmer.

Wir entscheiden am 15. Oktober, wie die Weichen für Österreichs Zukunft gestellt werden. Als ArbeitnehmerInnen müssen wir uns ganz genau anschauen, wem wir unsere Stimme geben. Es ist wichtig, die Parteien einem genauen Faktencheck zu unterziehen. Nur so können wir herausfinden, wer Politik für uns ArbeitnehmerInnen macht. Nehmen wir uns die Zeit und informieren wir uns genau, was uns in den Wahlprogrammen verkauft wird bzw. welche Pläne die einzelnen Parteien mit unserem Land haben. Informationen darüber gibt es auf den Websites der einzelnen Parteien. Zusammengefasst gibt es die wichtigsten Fragen und Antworten aber auch in der August-Ausgabe der „Solidarität". Ich glaube, es lohnt sich, diesmal genauer hinzuschauen. Denn nach dem 15. Oktober ist es vielleicht zu spät.